



Dr. Carsten Brodesser | MdB **CDU**

Berlin Aktuell 09. KW | 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

am Montag haben wir auf dem Bundesparteitag der CDU den Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD mit fast 97 Prozent aller Stimmen beschlossen. Annegret Kramp-Karrenbauer erhielt bei ihrer Wahl zu neuen Generalsekretärin annähernd 99 Prozent aller Stimmen und wir gehen gestärkt und hochmotiviert in die kommenden Wochen. Die Wählerinnen und Wähler haben unserer Partei einen klaren Regierungsauftrag gegeben, den wir auch annehmen. Der ausgehandelte Koalitionsvertrag spiegelt die Ziele der Union aus dem Wahlkampf wieder – wie etwa die Unterstützung für Familien, einen starken Staat, mehr Anstrengungen für Bildung, beste Chancen für Kinder und Jugendliche auf ein gutes Leben und vieles mehr. Richtige Investitionen in die Zukunft ohne neue Schulden – auch das hat die Union im Vertrag durchgesetzt.

I. Die politische Lage in Deutschland

Union setzt klares Signal für Regierung.

Nachdem die CSU bereits am 8. Februar zugestimmt hat, hat vorgestern auch der CDU-Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit bei nur 27 Gegenstimmen ein klares Ja zum Koalitionsvertrag beschlossen. Die Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands ist ebenfalls ein starkes Signal für die Zukunft der Volkspartei CDU. Wir danken unserem Kollegen Peter Tauber für seinen Dienst in den vergangenen vier Jahren als Generalsekretär und wünschen Annegret Kramp-Karrenbauer für ihre neue Aufgabe alles Gute und viel Erfolg.

Mit der Zustimmung von CDU und CSU zum Koalitionsvertrag haben wir unsere Beiträge für die Bildung einer stabilen Regierung für unser Land geleistet. In der Welt, die sich durch die Digitalisierung sowie die europa- und außenpolitischen Herausforderungen immer schneller verändert, ist es dringend nötig, dass wir unsere Antworten jetzt in praktische Politik umsetzen können.

Wir stehen für Sicherheit, Zusammenhalt und Europa. Wann immer die Union die Bundesregierung führte, waren die Perspektiven für unser Land gut und der wirtschaftliche Erfolg gesichert. In den letzten drei Legislaturperioden haben wir bewiesen, dass Deutschland, seine Bürger, seine Unternehmen, seine Vereine, Wissenschaft und Kultur viel leisten können. Wir wollen mit Angela Merkel als Bundeskanzlerin den Weg der behutsamen Erneuerung und des wirtschaftlichen Erfolgs weitergehen. Dort, wo noch Defizite bestehen oder die Bürger sich sorgen, etwa im Bereich der Digitalisierung oder bei der Handlungsfähigkeit des Staates, werden wir kraftvoll ansetzen und Deutschland voranbringen. Unser Land ist ein Land der Chancen und der Ideen. Wir werden dieses Potential, um das uns die Welt beneidet, erhalten und ausbauen.

Terroranschlag lückenlos aufklären – Schlussfolgerungen ziehen.

Seit dem islamistischen Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz ist über ein Jahr vergangen. Anlässlich fortdauernder neuer Informationen über die Umstände des Anschlags wollen wir besser aufklären, wie es trotz Warnungen, trotz zahlreicher Hinweise und trotz der Polizeibekanntheit des Täters zu dem Anschlag kommen konnte. Ziel des ersten Untersuchungsausschusses dieser Wahlperiode ist es, aus den Erkenntnissen weitere Schlüsse insbesondere für unsere Sicherheitsarchitektur und das Asyl- und Aufenthaltsrecht samt seinem Vollzug zu ziehen. Der Untersuchungsausschuss soll auch Empfehlungen für die Unterstützung von Hinterbliebenen und Opfern solcher Anschläge abgeben.

Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Es gilt, kriminelle und terroristische Taten in unserem Land mit allen Mitteln zu verhindern. Hierfür müssen wir die Handlungsfähigkeit unseres Staates fortwährend an aktuelle Anforderungen anpassen. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Sicherheitsbehörden gleichwertige Befugnisse im Internet wie außerhalb des Internets brauchen. Auch die Kommunikation von Kriminellen und Terroristen erfolgt kaum mehr über das klassische Telefon. Die Befugnisse der Ermittler müssen damit einhergehen. Mit der Möglichkeit, Doppelstaatlern die deutsche Staatsangehörigkeit zu entziehen, wenn sie für eine Terrormiliz im Ausland gekämpft haben, haben wir eine weitere Unionsforderung im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Auch wurde vereinbart, die Sicherheitsbehörden mit deutlich mehr Personal auszustatten - allein der Bund wird zusätzlich 7.500 neue Stellen schaffen. Deutschland wird damit wehrhafter und stärker, um Kriminalität und Terror zu bekämpfen.

II. Die Woche im Parlament

Zum Internationalen Weltfrauentag am 8. März 2018. Anlässlich des Internationalen Weltfrauentages findet in dieser Woche eine vereinbarte Debatte statt. Dazu haben wir im Koalitionsvertrag die Grundlage gelegt. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Leitungsfunktionen im öffentlichen Dienst bis 2025 erreichen. Wir werden auch daran arbeiten, die Bezahlung in Pflegeberufen schrittweise weiter zu verbessern. Der Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen hierzulande hängt auch mit der unterschiedlichen Bewertung der Berufe zusammen. Die derzeitige Entlohnung von Pflegekräften ist nicht angemessen im Hinblick auf die Belastungen, die dieser Beruf mit sich bringt. Für uns als Union geht die tatsächliche Gleichstellung Hand in Hand mit mehr Familienfreundlichkeit in unserem Land. Beides voranzubringen ist unser Ziel. Auf unsere Initiative hin haben wir die Familienfreundlichkeit als Leitprinzip im Koalitionsvertrag besonders verankert.

Einsetzung des 1. Untersuchungsausschusses. Auf Initiative unserer Fraktion stimmen wir - wie oben näher ausgeführt - der Einsetzung eines ersten Untersuchungsausschusses zu. Er soll das Handeln der zuständigen Behörden vor dem Attentat am 19. Dezember 2016 auf dem Breitscheidplatz in Berlin gerade im Hinblick auf den Attentäter Amri und sein Umfeld aufklären. Ferner soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für die künftige Arbeit von Behörden aber auch für die Betreuung von Hinterbliebenen und Opfern geben.

Einsetzung mehrerer Gremien und Wahlen ihrer Mitglieder. Auf Grundlage fraktionsübergreifender Anträge setzen wir verschiedene Gremien zur Kontrolle bzw. Begleitung spezifischer Bereiche der Regierungsarbeit ein und wählen deren Mitglieder. Diese sind wichtiger Bestandteil der Parlamentsarbeit. Wir setzen etwa das Vertrauensgremium nach der Bundeshaushaltsordnung ein, dem der Deutsche Bundestag die Bewilligung von Ausgaben übertragen kann, die der Geheimhaltung unterliegen. Ebenfalls eingesetzt wird das Sondergremium im Sinne des Stabilisierungsmechanismusgesetzes, welches die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus wahrnimmt.

Herzliche Grüße!
Carsten Jochims